

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

28.2.1914 (No. 58)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 58

Samstag, den 28. Februar 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Kart. Friedrich-Str. Nr. 14 (Fernsprech-
auskunft Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Nachrichten in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einrückungsgebühr: die 6 mal gepaltene Zeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Hofmarschall Weiland Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm, Siegmund Freiherrn von Gemmingen-Guttenberg in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen Brillanten zum königlich Preussischen Kronenorden I. Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem königlichen Generalmajor z. D. Ferdinand Freiherrn Röder von Diersburg in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Komturkreuzes I. Klasse des Herzoglich Anhaltischen Hausordens Albrecht des Bären zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Chefredakteur der Nationalzeitung in Berlin Dr. Wilhelm Doerkes-Voppar die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Komturkreuzes des königlich Spanischen Ordens Isabella's der Katholischen zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 10. Februar 1914 gnädigst geruht, mit Wirkung vom 1. Februar 1914 ab dem Postbauinspektor Robert Lang in Koblenz die Postbauinspektorstelle bei der Oberpostdirektion Konstanz zu übertragen.

Die Errichtung einer katholischen Filialkirchengemeinde Neuburgweier, Pfarrei Mörsh, betr.

Das Erzbischöfliche Ordinariat hat entsprechend der von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog mit Allerhöchster Staatsministerialentscheidung vom 30. Dezember v. J. Nr. 1230 erteilten staatlichen Zustimmung mit Erlaß vom 17. Januar 1914 bestimmt, daß die auf der Gemarkung Neuburgweier wohnenden Katholiken unter Befreiung im Pfarrverband Mörsh zu einer rechtspersönlichen Filialkirchengemeinde Neuburgweier vereinigt werden.

Karlsruhe, den 18. Februar 1914.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Böhm.

Dr. Siehl.

Die Werkmeisterprüfung für den hochbautechnischen Dienst betr.

Der Beginn der nächsten Werkmeisterprüfung für den hochbautechnischen Dienst ist auf

Dienstag, den 21. April 1914

festgesetzt.

Die Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum Samstag, den 21. März 1914 mit dem nach § 4 Abs. 2 und 3 der landesherrlichen Verordnung vom 8. Dezember 1883 (Ges. und V.M. 1884 S. 1) erforderlichen Belegen beim Bezirksamt zur weiteren Vorlage einzureichen.

Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß für den Nachweis der praktischen Ausbildung der Kandidaten allgemein gehaltene Zeugnisse nicht genügen, vielmehr genau angegeben sein muß, in welcher Weise die Beschäftigung in den einzelnen Stellen erfolgte.

Karlsruhe, den 23. Februar 1914.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Weingärtner.

Wittermaier.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 27. Februar.

Französische Ansichten über den Grenzschutz.

SRK. Der französische Capitaine Culmann macht in einer langen Aufzählung der „Revue militaire générale“ folgende interessante Angaben: Der Grenzschutz ist verschieden einem neutralen Lande gegenüber, vor der Front

der Hauptkräfte zur Sicherung des Aufmarsches oder vor der Front einer Gruppe, die den Hauptkräften die Flanke sichern soll, wo also die Entscheidung nicht gesucht wird. Räumliche Begrenzung im Anschluß an vorhandene Festungen oder an zerstörte Verbindungen soll erstrebt werden. Unter der Voraussetzung, daß der Aufmarsch etwa drei Tagemärsche von der Grenze stattfindet, soll eine Infanterie-Division eine Breite von 20 bis 25 Kilometern sichern, die eine Gliederung nach der Tiefe von 30 bis 38 Kilometer aufweist. Im Beispiel wird die Gliederung einer durch zwei Jägerbataillone und ein Kavallerieregiment verstärkten Infanteriedivision besprochen (14., 8., 9.). In vorderer Linie befinden sich 3 groupes de couverture mit dem Zwecke, als Stützpunkte für die Aufklärung zu dienen. (Stärke einer jeden Gruppe: 1 Jäg.-Bat., 1/2 Esk., 1 Batt.). Frontbreite einer Gruppe 5 bis 10 Kilometer, die etwa 8 bis 10 Kilometer von der Grenze an Begegnungen für den ersten Widerstand sich bereit halten soll. Auf 8 bis 12 Kilometer hinter ihnen:

Zwei Vorhuten: zur Aufnahme und zum gemeinsamen Operieren mit der Reserve. An ihrem Widerstand sollen sich Einbruchversuche kleiner Detachements aller Waffen brechen. Die Stärke der Vorhut wird auf 2-3 Bataillone, 1-1 1/2 Eskadrons und 1-2 Batterien berechnet.

Reserve (6., 4., 3.) zur Aufnahme etwa 10-15 Kilometer von den Vorhuten entfernt, und zum Manövrieren. Besetzte Stellungen werden vorbereitet. Die starke Kavallerie soll die Mittel bieten, die Aufklärung einseitlich zu regeln. Die Dreiteilung soll bei schwächeren Truppen nur bei beschränktem Raum beibehalten werden, so werden z. B. bei einer verstärkten Brigade (8., 4., 5.) aufgestellt: 2 groupes de couverture zu 1, 1/2, 1, Vorhut: 3, 2 1/2, 3, Reserve: 3, 1/2. — Bei größerer Breite des Abschnitts verzichtet man auf eine Reserve und hält die Truppe weiter von der Grenze zurück, um Überraschungen zu vermeiden.

Die Tiefengliederung entspricht der Forderung eines sich beim Vordringen des Feindes stetig verstärkenden Widerstandes und dem Wunsche, daß die zurückgehaltenen Teile nicht frühzeitig in das Gefecht der Sicherungen hineingezogen werden. Die Gefahr ist aber unverkennbar, daß die einzelnen Gruppen mit Übermacht angegriffen, vorzeitig geschlagen werden. Andererseits ist der Abstand der einzelnen Glieder so groß, daß es einer vollen Tagesleistung für den Angreifer bedarf, bis zu den Reserven zu gelangen; der Zeitgewinn ermöglicht dann, Verstärkungen aus Nachbarabschnitten heranzuziehen. Zwischen den einzelnen Gruppen können noch Glieder für Verbindung eingeschoben werden. Mit Weiterführung des Aufmarsches findet auch eine Verstärkung des Grenzschutzkorps durch die zuerst ausgelassenen Teile der Armeekorps statt. Die Befehlsführung soll bestimmt sein durch die Forderung, Zeit zu gewinnen und die eigene Truppe nicht verlustreichen Kämpfen aussetzen. Vorköpfe der eigenen Grenzschutztruppen zur Erkundung, zur Beunruhigung und zur Erreichung örtlicher Vorteile werden empfohlen. Die Bedeutung von Einfällen feindlicher Kavallerie, denen nicht Infanterie beigegeben ist, wird nur gering bewertet, solange es nur möglich ist, die ruhenden Truppen rechtzeitig zu benachrichtigen.

Die Kompagnien der ersten Linien suchen den feindlichen Patrouillen und Aufklärungseskadrons Hinterhalte zu legen und bestreben sich, Gefangene zu machen. Artilleriestellungen, die über 500-600 Meter von den Truppen entfernt sind, sind zu vermeiden, weil die sonst notwendig werdende Bedeckung der Kampftruppe entzogen werden müßte, ohne daß die Bedeckung in Stande wäre, die Batterie und deren Staffel gegen mehrere Eskadrons unbedingt zu schützen. Es wird empfohlen, die bei der Vorhut befindlichen Eskadrons und Radfahrerabteilungen vorzutreiben, mit der Begründung, daß Kavallerie in solchen Fällen unerlässlich ist, da sie die einzige Waffe ist, die in Stande ist, der feindlichen Kavallerie einen entscheidenden Schlag zu versetzen und sie jenseits der Grenz zurückzuwerfen.

Eine Gruppe des Grenzschutzes darf sich nicht als gefährdet ansehen, selbst wenn sie auch von überlegener Kavallerie angefallen werden sollte. Solange die Kavallerie im Sattel bleibt, ist sie für eine rechtzeitig beachtete Infanterie nicht gefährlich, wenn die Infanterie

gut mit Munition versehen und gedeckt im Gelände bedungen aufgestellt ist. Sogar die Reiter ab, so kann ein Regiment höchstens zwei Kompagnien mäßig ausgebildeter Infanterie zusammenstellen, die ungeachtet des ihnen vor kurzem beigegebenen Bajonets mehr darauf bedacht sein wird, sich nicht von ihren Pferden zu entfernen, als zum Handgemenge mit dem Gegner zu kommen. Größere Hilfe findet die Kavallerie in den Radfahrern. Kleine Infanterieabteilungen halten in sicheren Stellungen aus, nur auf dem Rückzuge sehen sie sich Verlusten aus. Wenn die feindliche Kavallerie durch ein frontales Vorgehen geringe Aussicht auf Erfolg hat, wird sie nach einigen mehr oder weniger geschickten und verlustreichen Versuchen sich bestreben, durch den 5-8 Kilometer freien Zwischenraum zwischen zwei Gruppen durchzudringen und gegen die Flanken der beiden Gruppen zu wirken. Aber dieses ist ohne Bedenken. Die Zwischenräume können durch die Artillerie bestrichen werden, dann können sie 8-10 Kilometer weiter rückwärts durch die Vorhuten oder durch Reserven mit Artillerie geschlossen werden. Gewiß können die Massen der Kavallerie, sobald sie gedeckte Vormarschlinien finden, in das Innere des Grenzschutzgebietes eindringen; aber da sie in unbekanntem Lande operieren, werden sie sich leicht und oft irren und ihr Vorrücken, durch unsichtbares, von verschiedenen Seiten kommendes Gewehr- und Geschützfeuer verlangsamt, wird sich nicht ohne Verluste vollziehen. Die Aussichten der eigenen Kavallerie werden hingegen im Anschluß an die Besetzungen von Stützpunkten selbst und einem überlegenen Gegner gegenüber besonders günstig bewertet. Der günstigste Zeitpunkt für den Angriff ist jener, in dem der Gegner, der nicht unterbrochen marschieren kann, durch die Müdigkeit gezwungen ist, vorübergehend zu ruhen. Einmal geschlagen ist der Feind mit dem Aufgebot der letzten Kräfte zu verfolgen und auf eine oder die andere Gruppe des Grenzschutzes zu drängen, die seinen Rückmarsch durch Feuer schädigen können. Gut durchgeführt, vermag eine Operation solcher Art die stattlichsten Kavalleriekörper auf mehrere Tage kampfunfähig zu machen und dem gegnerischen Führer jede Lust benehmen, diese Kavallerie ein zweites Mal loszulassen. Um so mehr, als die Nachrichten in Anbetracht der allgemeinen Gliederung des Grenzschutzes spärlich sein werden.

Kavalleriemassen sind nur dann gefährlich, wenn sie, wie es regelmäßig zur Zeit des ersten Kaiserreichs erfolgte — durch Infanterie unterstützt werden, die stark genug ist, der Kavallerie den Weg zu bahnen, ihr den Rückzug zu sichern und, indem sie die Gruppen des Grenzschutzes zum Zurückweichen zwingt, überdies den Eskadrons Gelegenheit zu ergiebigen Erfolgen gibt. Für diesen Fall gilt für die Truppen des Grenzschutzes das Verhalten, wie es für einen Angriff von Kräften aller Waffen zweckmäßig ist. Erwünscht ist daher, sämtliche Grenzschutzabteilungen in Anspruch zu nehmen, um ein Zusammenwirken von Abteilungen gegen Front und Flanke der Einfallstruppe zu hindern.

Reichstag.

* Berlin, 26. Febr. Die zweite Beratung des Etats für das Reichseisenbahnamt wird beim Titel „Gehalt des Präsidenten“ fortgesetzt.

Abg. Stolle (Soz.) bittet den Präsidenten des Reichseisenbahnamts um Mitteilungen über die Erfolge der Konferenz für den internationalen Güter- und Personenverkehr und bringt verschiedene Beschlüsse vor.

Abg. List-Elzingen (natl.): Dem Projekt der Einführung einer Reichseisenbahngemeinschaft stehen die meisten Staaten sehr skeptisch gegenüber, da sie dann ein Übergewicht des Einflusses Preußens fürchten.

Abg. Siebenbürger (kons.) tritt für eine Reformierung der Bestimmungen über den Viehtransport ein.

Abg. Dr. Pfeiffer (zent.) wiederholt die Wünsche auf Errichtung von Schlafwagen dritter Klasse.

Abg. Koch (fortsch. Sp.) wünscht Ausbau der Strecke Berlin-Erfurt-Wittenberg und Halle-Cassel.

Abg. Dr. Krenndt (wirtsch. Vgg.) tritt für die Beseitigung des Rießfelder Tunnels ein.

Abg. Fischer-Hannover (Soz.) warnt davor, die Fahrkartenteuer für die erste und zweite Klasse zu beseitigen, dagegen für die dritte Klasse auszubauen und auf die vierte Klasse aus-zudehnen. Die Arbeiterfahrkarten müßten auf 100 Kilometer ausgedehnt werden.

(Mit zwei Landtagsbeilagen.)

Abg. Schirmer (Zentr.) spricht sich gegen eine Reichseisenbahngemeinschaft aus.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wadersapp: Der Wagenpark wird ständig vermehrt. Die Untersuchung über den Unfall am Hartschiffen ist noch nicht abgeschlossen. Die Beschädigungen und Tunneln werden regelmäßig untersucht. Beim Umleitungsverkehr hat sich Breußen stets lobhaft verhalten. Eine Umleitungsstraße beim Niederer Tunnel ist bereits in Vorbereitung. Die Ausdehnung der Arbeiterfabriken auf 100 Kilometer entspricht nicht dem Bedürfnis. Das deutsche Eisenbahnwesen ist gesund und wird gesund erhalten.

Abg. Derfel (konf.) spricht sich gleichfalls gegen eine Reichseisenbahngemeinschaft aus.

Abg. Daas (fortsch. Sp.) wünscht Einführung der dritten Klasse für Schnellzüge auf der rechtsrheinischen Bahn südlich von Frankfurt.

Präsident Wadersapp sagt Prüfung zu.

Sodann wird die Debatte geschlossen. Der Etat des Reichseisenbahnamts wird bewilligt. Es folgt der Etat der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuchs (Soz.): Die vielfachen Überschüsse der elsass-lothringischen Bahn sollten zum Ausbau des dortigen Eisenbahnnetzes verwendet und die Linie Straßburg-Basel entlastet werden. Es muß eine ganze Reihe von Stich- und Querbahnen in Elsaß-Lothringen gebaut werden. Als der Redner bezüglich der Verweigerung der Preiskarten an die elsass-lothringischen Abgeordneten von einer „schonbedingten“ Ablehnung spricht, erhält er einen Ordnungsruf.

Abg. Schwabach (natl.): Für die Altpensionäre muß besser gesorgt werden, die Fahrkartensteuer unbedingt beseitigt werden. Eine Erhöhung der Tonnenzahl der Güterwagen ist notwendig.

Chef der Reichseisenbahnen Minister von Breitenbach: Ich freue mich über das Urteil des Abg. Schwabach, daß die Verwaltung der Reichseisenbahnen eine der besten des Landes und ausgesprochen wirtschaftlich sei. Gegenüber der Beanspruchung der Personalunion des Chefs der preussischen Staatsbahnen und des Chefs der Reichseisenbahnen durch den Abg. Fuchs betone ich, daß gerade dies für Elsaß-Lothringen von eminentem wirtschaftlichen Nutzen ist. Eine Staatsverwaltung ist stärker, als eine Landesverwaltung sein kann, und gerade der Anschluß der Reichseisenbahnen an die preussischen Staatsbahnen hat dem Land außerordentliche Vorteile gebracht. Unter dem gesamten deutschen Bahnkörper gibt es außer dem Königreich Sachsen kein einziges Land, das einen so dichten Personenverkehr hat. Die Verwaltung der Reichseisenbahnen steht mit den Anlagen in Reichslande in enger Verbindung, während die Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Straßburg wieder mit den verschiedenen Korporationen des Landes enge Beziehungen unterhält. Dann finden zwischen der Generaldirektion der Reichseisenbahnen und dem Eisenbahnrat in Elsaß-Lothringen zweimal im Jahre Verhandlungen statt. Ich habe feststellen können, daß diese Wechselbeziehungen zwischen der großen Verkehrsbehörde und dem Eisenbahnrat ausgezeichnet sind. Der Abg. Fuchs meinte, daß der Rohüberschuß der Reichseisenbahnen, der sich auf 40 Millionen beziffere, wenigstens teilweise dem Lande zugeführt werden müßte. Ich bemerke: Es ist ein Rohüberschuß, von dem die Ausgaben der Zentralverwaltung und die einmaligen Ausgaben des Extraordinariums bestritten werden müssen. Ferner würde davon noch die Amortisationsquote an der Reichsschuld in Abzug zu bringen sein. Dadurch wird der Überschuß außerordentlich viel geringer. Interessant ist, daß von dem Amortisationsbetrag abgesehen, die Reichseisenbahnen im Lauf der letzten 10 Jahre, von 1903 ab, sich nur mit durchschnittlich 4,3 Prozent verzinst haben. Der Beitrag des Landes und der sonstigen Interessenten für den Bau des Reichseisenbahnnetzes beträgt nur 4,2 Prozent der Beitrag des Reiches also 95,8 Prozent.

Zu der Vergabe der großen Aufträge der Reichseisenbahnverwaltung meinte der Abg. Fuchs, daß diese Vergabe überwiegend an elsass-lothringische Landesangehörige zu erfolgen habe. Diesen Einwand habe ich schon in der Kommission widerlegt. Die Reichseisenbahnen sind doch eine Anstalt des Reichs. Auch sind die Forderungen unvereinbar mit dem Grundsatz, daß das Reich wirtschaftspolitisch einen Einheitsstaat darstellt.

Wir halten es nach wie vor für angebracht, Beamtenausschüsse einzurichten. Die Reichseisenbahnverwaltung hat es für ihre erste Pflicht gehalten, für das große Personal rechtzeitig zu sorgen, und zwar in ganz außergewöhnlicher Weise. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Arbeiter sich unbeeinträchtigt von der Sozialdemokratie ausdrücken könnten, sich niemand finden würde, der die Arbeit beseitigen möchte. Wir rauben unseren Beamten und Arbeitern nicht das Wahlrecht, stellen aber an die Arbeiter und Beamten die Forderung, daß sie sich nicht mit der Sozialdemokratie einläßt und das Streikrecht proklamiert. Wenn diese grundsätzlichen Forderungen erfüllt werden, dann ist es uns völlig gleichgültig, ob die Arbeiter diesem oder jenem Verein angehören. Der große Verband der elsassischen Arbeiter wird in seiner Tätigkeit nicht behindert. Von einer Überwachung der Versammlungen, von einem Schnüffelssystem kann nicht die Rede sein. Wir verlangen aber, daß in den Versammlungen nicht gegen die Verwaltung gehet und ihre Maßnahmen nicht herabgesetzt werden. Das ist ein berechtigtes Verlangen, die jeder ordnungsmäßige Betrieb stellen muß.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Schwabach wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr pünktlich vertagt. Schluß 7 Uhr.

Berlin, 26. Febr. Bei Beratung des Kolonialstats in der Budgetkommission gab ein Regierungsvertreter Auskunft über das Vorkommen von Öl in Neuguinea. Die Quellen befänden sich im nordöstlichen Kaiser-Wilhelm-Land. Es handle sich um ein dem in Niederländisch-Indien gewonnenen ähnliches Erdöl. Die Bedingungen von Privatgesellschaften zur Übernahme der Ausbeute seien unannehmbar. Die Kolonialverwaltung sei gegen die Gewährung von Monopolen. Es sei eine Aufteilung des Gebiets beabsichtigt. Ferner teilte der Regierungskommissar mit, zur Verhinderung der Gefahr des Brandes des Quellenausbruchs sei eine fachmännische Aufsicht angeordnet. Daraus erklärte Staatssekretär Dr. Solf, er habe sich bemüht, verschiedene Gesellschaften zu einem Konzern zusammenzufassen. Die Verwaltung habe eine Prüfung des Vorkommens von Öl auf dessen Güte und Ausbeutungsfähigkeit für erforderlich gehalten, um eine bessere Grundlage für ihr weiteres Vorgehen zu erhalten. Eine Entscheidung darüber, ob der Reichsbetrieb oder die Ausbeute durch Gesellschaften vorzuziehen sei, sei noch nicht getroffen. Auf Vorschlag eines konservativen Redners stellte der Staatssekretär die sofortige Sperre von ganz Neuguinea für die Aufsuche von Öl vor. Hierauf beschloß die Kommission mit großer Mehrheit, 600 000 Mark zur Unterstützung des Aufsuchens des Ölorkommens in den Etat von 1914 einzustellen.

Politische Übersicht.

Die Gründung einer „Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens“.

Wolffs Telegraphisches Bureau berichtet aus Straßburg, vom 26. Februar: Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zweiten Kammer des Landtags Dr. Ricklin fand heute im Landtagsgebäude die von dem Landtags- und Reichstagsabgeordneten Gauß einberufene Versammlung zur Gründung einer Liga zur Verteidigung Elsaß-Lothringens statt. An der Versammlung beteiligten sich zahlreiche Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer des Landtags, sowie der Presse. Vertreten waren alle Parteien. Die Versammlung stand einmütig auf dem Standpunkt, daß die Liga gegründet werden soll. Es wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern der Ersten Kammer, acht Mitgliedern der Zweiten Kammer und vier Mitgliedern der Presse gewählt. Den Vorsitz in der Kommission übernimmt Dr. Ricklin.

Neue Zwischenfälle im Reichsland.

W.T.B. Straßburg, 26. Febr. Auf dem Heimweg zur Kaserne wurden in der Nacht zum vergangenen Montag drei Unteroffiziere vom Infanterieregiment Nr. 126 am Ausgang der Langenstraße von einer Gruppe Dastehender mit den Worten: „Ihr Sau-schwollen!“ beleidigt. Als ein Unteroffizier die Beleidiger zur Rede stellte, holten diese Hilfe aus einem nahe Wirtshaus. 10 bis 12 junge Burschen, zum Teil mit offenen Messern, gingen gegen die drei Unteroffiziere vor, welche zur Abwehr blank zogen, wobei einer der Angreifer einen Irieb über das Gesicht erhielt. Bei dem Versuch, zwei der Burschen festzuhalten, erhielt ein Unteroffizier einen leichten Messerstich in den Hinterkopf. Als sich die Unteroffiziere abwehrnd nach ihrer Kaserne zurückzogen, war die Menge, die sie verfolgte, schließlich auf 40-50 Köpfe angewachsen. Die herbeigerufene Polizei stellte mehrere Namen der Exzedenten fest. Die weitere Untersuchung ist im Gange. Außerdem hat das Kommando des Infanterieregiments Strafantrag wegen Beleidigung nach Artikel 194 des Reichsstrafgesetzbuches gestellt.

W.T.B. Straßburg, 26. Febr. Von zuständiger Seite werden heute drei weitere Fälle von Angriffen auf Militärpersonen mitgeteilt. Am vergangenen Samstagabend wurde ein Unteroffizier des Feldartillerieregiments Nr. 51 von acht Zivilisten, die ihm folgten, in der Nähe des Messerplatzes auf das gemeinste beschimpft und sodann zum Stehenbleiben aufgefordert. Der Unteroffizier erklärte, sie sollten ihm vom Leibe bleiben, sonst mache er von seiner Waffe Gebrauch. Als trotzdem einer mit offenem Messer auf ihn losging, zog er den Säbel und schlug, noch bevor der Messerheld zustechen konnte, ihn so kräftig über den Kopf, daß er blutend und schreiend Reißens nahm. Seine Begleiter ergriffen gleichfalls die Flucht. — Am Montagabend wurde ein Sanitätsoldat in der Nähe der neuen Oriskantentasse von vier Zivilisten ohne jeden Anlaß angegriffen und geschlagen. — An dem Abend hörte der Posten vor dem Stallzelt auf dem Poligon auf einem Patrouillengang vor dem Zelt die Worte: „Ich bringe den Posten heute abend noch um. Auf seinen Galtruf erhielt er keine Antwort, wurde vielmehr von zwei Personen, die sich offenbar im Zelt aufgehalten hatten, angefallen und gestochen. Der Versuch, während dieses Angriffes das Gewehr zu laden, mißlang dem Posten, so daß die Angreifer ungestraft entkamen. Auf Grund der letztgenannten Vorkommnisse ist nunmehr seitens des Gouvernements angeordnet worden, daß alle außerhalb der Stadt stehenden Posten von nun ab mit geladenem Gewehr dort zu stehen haben.

Beim Kaiserpaar fand am Donnerstag ein Hofschaffständer mit nachfolgendem Konzert statt.

Vom Bundesrat wurde die Zustimmung erteilt: dem Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Nachtrages zum Haushaltsetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1913 und der Ergänzung des Entwurfes des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1914. Den zuständigen Ausschüssen wurde übergeben: Die Abänderungen der Grundsätze über die Stellenbesetzung mit Militärämtern; der Entwurf der Ausführungsvorschriften über die Aufwandsentschuldigungen an Familien für im Reichsheer usw. eingestellte Söhne. Der Antrag der Errichtung einer Abrechnungsstelle im Eiseverkehr wurde angenommen.

Sachsen und die Vermögenszuwachssteuer. In der Zweiten sächsischen Kammer ergriff bei der fortgesetzten Beratung des Etatskapitels: Sächsischer Vertreter im Bundesrat, der Finanzminister von Seydewitz am Donnerstag das Wort und erklärte u. a.: Die Regierung muß den Gedanken ablehnen, daß sie aus Rücksichtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten der Wehrvorlage Schwirigkeiten gemacht hätte. Die Reichserbschaftsteuer wurde von der Regierung nicht als ein so erhebliches Übel angesehen, denn sie ist eine indirekte Steuer, und mit ihr hätten sich die Bundesstaaten abgefunden, aber die Vermögenszuwachssteuer ist eine direkte Steuer. Sie bedeutet einen schweren Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Bei den indirekten Steuern sind wir noch keineswegs an der Grenze der Möglichkeit angelangt. Es gibt noch eine Anzahl entbehrlicher Genussmittel, die eine Wehrbelastung recht wohl vertragen könnten. An der bewährten Zollpolitik wird die Regierung auch weiterhin festhalten.

Aus dem elsass-lothringischen Landtag. In der Donnerstagstagung der Zweiten elsass-lothringischen Kammer wurde die Frage der konfessionellen Philosophie-Professur angesprochen. Das Zentrum wandte sich durch den Abg. Pfleger gegen die Berufung des Professors Simmels als Nachfolger Störings auf den Lehrstuhl für experimentelle Psychologie und verlangte, daß ein Schulmann angestellt werde, der Katholik sei und Pädagogik lehre im Interesse der Kandidaten des höheren Lehraufs. Außerdem wünschte der Abgeordnete einen Lehrstuhl für elsass-lothringische Geschichte. — Wie der Kurator der Universität erklärte, wird die Zahl der Studierenden Ausländer vom 1. April 1914 ab beschränkt werden.

Ausland.

Paris, 26. Febr. Generalstabchef Joffre hat im Einverständnis mit dem Oberkriegsrat und dem Kriegsminister einen Entwurf über die Verjüngung der Offizierskadres vorgelegt. Danach soll die Altersgrenze für Hauptleute von 53 auf 51, für Majore von 56 auf 54, für Oberleutnants von 58 auf 56, für Oberste von 60 auf 58, für Brigadegeneräle von 62 auf 60 und für Divisionsgeneräle von 65 auf 62 Jahre herabgesetzt werden. Der Generalstab, welcher diesen Entwurf ausgearbeitet hat, ist der Ansicht, daß vier Jahre genügen würden, um die geplante Verjüngung vollständig durchzuführen. Die daraus erwachsenden Jahresausgaben werden auf etwa 10 Millionen veranschlagt.

Paris, 26. Febr. Einer Mitternachtssitzung folgten die Vergleiche von Roche la Motière im Departement Loire einen Beschluß, in dem sie die wadere und mutige Haltung ihrer militärischen Freunde von St. Etienne billigen, die die Annahme mörderischer Waffen verweigerten, die dazu bestimmt seien, die Haut der ihre Rechte ohne Herausforderung verteidigenden Vergleiche zu durchlöchern. Von offiziöser Seite wird dazu mitgeteilt, daß weder dem Kriegsministerium noch der Präfektur des Departements bisher ein Vorschlag mitgeteilt worden sei, auf den dieser Beschluß anzuspähen könne.

Paris, 26. Febr. Das Ministerium des Äußeren hat von privater Seite die Mitteilung erhalten, daß ein in Mexiko im Staate Hidalgo ansässiger Pflanzer namens Samson von den Anhängern Zapatas ermordet wurde, weil er sich geweigert hatte, die ihm von dem General Zapata auferlegte Kontribution von mehreren tausend Piaster zu bezahlen.

London, 26. Febr. Unter den Auspizien des Kanaltunneltomitees des Unterhauses fand heute eine große Versammlung von Geschäftsleuten statt, an der Vertreter des Kriegsministeriums und anderer Regierungsämter teilnahmen. Die Versammlung nahm einstimmig einen Beschluß an zugunsten des Baues eines Kanaltunnels und gab der Ansicht Ausdruck, daß der Tunnel die herkömmlichen Beziehungen Englands zu Frankreich und anderen Kontinentalmächten steigern werde. Von zahlreichen bedeutenden Persönlichkeiten wurden Zuschriften verlesen, in denen der Bau des Tunnels befürwortet wird. Es wurde betont, daß der Tunnel für Englands Handel von großem Nutzen sein werde, während er in Kriegszeiten leicht mit Dynamit zerstört werden könnte.

Valencia, 27. Febr. Der Generalstreik dauert an. Die Läden und Märkte sind geschlossen. Auch gestern war die Polizei wieder vielfach gezwungen, mit blauer Waffe einschreiten und Verhaftungen vorzunehmen.

Madrid, 27. Febr. Dem Minister des Innern sind aus Portugal Nachrichten zugegangen, denen zufolge der Eisenbahnstreik eine noch ernster Form angenommen hat. Auf dem Bahnhof von Ribadonja plachten zwei Bomben, verlegt wurde niemand. Der Ministerpräsident hat es abgelehnt, eine Abordnung der Ausländer zu empfangen, da diese ihre drohende Haltung bisher nicht aufgegeben haben.

St. Petersburg, 26. Febr. Wie dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau aus gut informierten Dumakreisen mitgeteilt worden ist, geht die Initiative für die neuen Richtlinien der inneren Politik vom Kaiser aus. Der Grundgedanke einer vom Kaiser im Ministerrat gehaltenen Rede ist die Notwendigkeit der Durchführung des Oktober-Manifestes, wozu die Vorbereitung die Einigkeit des Kabinetts in sich sowie die Zusammenarbeit mit den beiden Kammern nötig sei. Der Kaiser hat die Worturteile, die der Tätigkeit einzelner Ministerien gemacht worden sind, für berechtigt anerkannt. — Die Rede, die tiefen Eindruck auf die Minister machte, beantwortete der Ministerpräsident mit der Erklärung, daß er mit allen Mitteln den Willen des Kaisers durchzuführen wolle.

St. Petersburg, 27. Febr. Der Minister hat angeordnet, daß in die Rüste der Schiffsneubauten sechs Kreuzer, ferner 36 Torpedoboote und 12 Unterseeboote einzutragen werden.

Washington, 27. Febr. Präsident Wilson erklärte gestern mit Bezug auf die augenblickliche politische Lage in Mexiko: Seiner Meinung nach könne keine bewaffnete Macht auf Grund irgendwelcher völkerrechtlicher Bestimmungen in Mexiko gelandet werden, ohne Krieg herbeizuführen. Es sei denn, daß die Landung geschehe mit Einwilligung der mexikanischen Regierung.

Rio de Janeiro, 26. Febr. In seinem Antworttelegramm auf eine Depesche des Präsidenten Hermes da Fonseca hat der deutsche Kaiser in lebenswichtigen Worten die Hoffnung ausgedrückt, daß der Besuch des deutschen Gesandten zur Entwicklung der guten Beziehungen beider Länder beitragen möge.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 27. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb. Später meldeten sich Generalmajor Mengelbier, Kommandeur der 3. Infanteriebrigade, bisher Oberst und Kommandeur des 4. Unter-Elsässischen Infanterieregiments Nr. 143, Oberst Ebeling, Kommandeur des 5. Badischen Infanterieregiments Nr. 113, bisher Kommandeur des Lanenburgischen Jägerbataillons Nr. 9, und Generalleutnant Sieger, Präses der Artillerieprüfungskommission.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. d. Mts. gnädigst geruht, den Kellermeister Gustav Schneider patentmäßig anzustellen.

B.C. Brühl, 25. Febr. In der letzten Bürgerausschussung teilte der Vorsitzende mit, daß die vom Gemeinderat dem Bürgerausschuss vorgelegte Wasserlieferungsanlage zurückgezogen werde, da man an den Mannheimer Stadtrat eine Eingabe gerichtet habe, die auf eine Eingemeindung nach Mannheim hinführe. Man wolle die Antwort abwarten.

oc. Eppingen, 26. Febr. Der Kriegerverein und der Veteranenverein haben sich zusammengeschlossen, um die Errichtung eines Großherzog Friedrich- und Kriegerdenkmals zu fördern.

oc. Pforzheim, 26. Febr. Der städtische Voranschlag für 1914, der bekanntlich eine Umlageerhöhung von einem Pfennig auf 36 Pfg. bringt, ist jetzt im Druck erschienen. Eine starke Zunahme zeigen die Rechnungsergebnisse der gewerblichen Unternehmungen, des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks, so daß außer den vorgeschriebenen Abschreibungen noch den einzelnen Reservefonds beträchtliche Überschüsse zugeführt und erhöhte Beträge zum städtischen Haushalt für 1914 vorgegeben werden können. Der Abschluß der Straßenbahnkasse war nicht so günstig, wie im Jahre 1912. Im verfloßenen Jahr waren zwar die Einnahmen höher, als vorgegeben war, aber auch die Ausgaben sind gestiegen. Die Anlehensschulden der Stadt Pforzheim betragen auf 1. Januar d. J. 44 397 000 M. Zu ihrer Verzinsung sind 1716 948 M., zur ordentlichen Tilgung 617 770 M. erforderlich.

Aus der Residenz.

* Großherzogliches Hoftheater. Mit dem schwedischen Kammerfänger John Forsell wurde für den 7. Mai ein weiteres Gastspiel vereinbart.

* Aus dem Bürgerausschuss. In der vorgestrigen Bürgerausschussung wurde zum ersten Mal von der Einführung der „kleinen Anfragen“ Gebrauch gemacht. Man erfährt dabei, daß die Stadt nun demnächst zur Errichtung eines städtischen Lust-, Licht- und Sonnenbades mit Schwimmbad schreiten wird. Interessant war auch zu hören, daß die Fundamentierungsarbeiten für den Neubau der städtischen Ausstellungshalle sehr erhebliche Kosten verursachen werden, weil die Bodenverhältnisse weit schlechter sind, als nach den früheren Untersuchungen angenommen wurde. Eine Übersetzung des Bauvoranschlags wird aber zu vermeiden sein, da bei der Arbeitenvergebung billigere Preise erzielt werden konnten.

* Badischer Kunstverein e. B. Karlsruhe. Die zurzeit in Pforzheim ausgestellten Werke Professor Adolf Hildenbrands werden vom 6. März d. J. ab im Badischen Kunstverein ausgestellt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

4. öffentliche Sitzung; Freitag, 27. Februar.

(Kurzer Bericht.)

Sitzungsbeginn 1/29 Uhr.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. von Dusch, die Minister Dr. Freiherr von und zu Zodman, Dr. Rheinboldt und Dr. Böhm, sowie Regierungskommissäre.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Erste Vizepräsident Wirtl. Geheimrat Dr. Bürklin mit, daß er sofort nach Erhalt der Nachricht vom Hinscheiden Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Prinzessin Wilhelm den in tiefe Trauer versetzten Mitgliedern des Großherzoglichen Hauses die aufrichtige Anteilnahme des Hauses ausgesprochen habe, und verliest die ihm zugegangenen Handschreiben Ihrer Kaiserlichen Hoheit des Prinzen Mar. Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs und Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise, in denen dem Haus der Dank der Allerhöchsten Herrschaften für seine Anteilnahme ausgesprochen wird. Wirtl. Geheimrat Dr. Bürklin widmet hierauf der hohen Verbliebenen einen tiefempfindenden Nachruf. Das Haus hat sich von den Sigen erhoben.

Nach Verlesung der Einläufe und der dem Haus zugegangenen Petitionen berichtet der Geheimkommissar Dr. Koelle namens der Budgetkommission über die Nachweisungen über die in den Jahren 1911 und 1912 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung, über die vergleichende Darstellung der Budgetsätze und Rechnungsergebnisse für die Jahre 1910 und 1911 und über die Denkschrift der Großh. Regierung über die Rechnungsnachweisungen und die vergleichende Darstellung. Den Anträgen der Kommission, die Nachweisungen und Rechnungen für unbeanstandet zu erklären, wird ohne Debatte zugestimmt.

In der allgemeinen Finanzdebatte ergreift zunächst das Wort Wirtl. Geheimrat Dr. Bürklin. Er gelangt zum Ergebnis, die Ausichten für die Zukunft dürfen als nicht ungünstig bezeichnet werden, sie dürften aber gleichwohl nicht zu einem Abgeben von einer gehenden und notwendigen Sparsamkeit verleiten; Redner berührt die schwebenden Beamtensfragen und schließt nach kurzen Ausführungen über die Finanzpolitik des Reiches und ihre Einwirkungen auf die Einzelstaaten mit dem Ausdruck der Hoffnung, die in der Thronrede als wichtigste Aufgabe der Ständeversammlung bezeichnete Fest-

stellung des Staatshaushalts werde im Einvernehmen mit der Großh. Regierung und im Vertrauen auf diese einer ersprießlichen Lösung zugeführt werden können. Freiherr von Böcklin warnt vor zu günstiger Beurteilung der Lage und der Zukunft. Es sei die Befürchtung nicht unbegründet, daß die Bedürfnisse des Landes schneller wachsen als der Volkswohlstand. Die wachsende Beamtenermehrung und die großen Anforderungen des Reiches an die Einzelstaaten müßten doch lebhaftes Bedenken erwecken. Der Boden einer soliden Finanzwirtschaft dürfe keinesfalls verlassen werden. Bürgermeister Dr. Weiß spricht gegen eine Abgrenzung der Tätigkeit des Staates einerseits und der Gemeinden und privaten Verbände andererseits auf verschiedenen Gebieten wie dem der Volksschule in einer Weise, die dem Staat nur Rechte gebe, der andern Seite nur Pflichten auferlege. Freiherr von Menzingen wendet sich gegen die in Baden beabsichtigte Auslegung des Wehrbeitragsgesetzes hinsichtlich des Generalpardon und warnt vor weiterer Erhöhung der Steuern. Es sprechen weiter Geheimrat Kommerzienrat Koelle, Kommerzienrat Engelhard, von denen der letztere sich insbesondere über die Gefahren ungeheurer Steuerlasten verbreitet. Oberbürgermeister Habermehl, der u. a. die Frage der staatlichen Anleihepolitik berührt und diese Politik für Baden empfehlen möchte, sowie Freiherr von Stöckingen, Finanzminister Dr. Rheinboldt, legt ausführlich dar, die Finanzwirtschaft Badens sei auf durchaus solider Grundlage aufgebaut, und erläutert die Grundzüge der badischen Finanzpolitik im einzelnen, insbesondere erklärt er gegenüber den Ausführungen des Oberbürgermeisters Habermehl, er werde auch künftig jeder Anleihepolitik widerstehen. Der Finanzminister berührt des weiteren die Beamtensfragen, die in der vorangegangenen Debatte erörterten Steuerfragen und die Finanzpolitik des Reiches im Verhältnis zu der der Einzelstaaten. Gegenüber den Ausführungen des Freiherrn von Menzingen, erklärt er die von der Großh. Regierung der Bestimmung über den Generalpardon im Wehrbeitragsgesetz gegebene Auslegung als im Gesetz begründet und durch die badischen Verhältnisse berechtigt. Die allgemeine Finanzdebatte ist um 2 1/2 Uhr beendet, das Haus vertagt die Fortsetzung der Tagesordnung auf heute nachmittag 4 1/2 Uhr.

Zweite Kammer.

37. öffentliche Sitzung; Freitag, 27. Februar.

(Kurzer Bericht.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung beantwortet der Direktor des Landesgewerbeamtes Geh. Regierungsrat Dr. Cron zunächst einige Wünsche des Abg. Duffner, um sich sodann über die Ausbreitung des gewerblichen Unterrechts zu äußern, an dem sich der junge Handwerkerstand mit solch regem Eifer beteilige, daß man mit Vertrauen in die Zukunft blicken könne. An der Beratung beteiligt sich sodann noch Abg. Vanschaach, der sich ebenso wie die Abg. Geiß und Weichhaupt für den Antrag der Abg. Göhring und Gen. ausspricht sowie die Abg. Albieß und Niederhül, der seinen Antrag zurückzieht, worauf nach weiteren Ausführungen der Abg. Göhring, Duffner, Wiedemann und des Ministerialrats Dr. Schneider, sowie nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Göhring die zur Beratung stehenden Positionen und der Antrag der Abg. Göhring und Gen. einstimmige Annahme finden.

Das Haus erledigt sodann verschiedene Petitionen. Aber die Petition des früheren Strafanstaltsaufsehers Gustav Wagner aus Menzingen um Wiederverwendung im Staatsdienst — Berichterstatter Kurz — wird ohne Diskussion zur Tagesordnung übergegangen, desgleichen hinsichtlich der Petition des Bureaudieners Franz Karl Sahn in Mannheim, über die Abg. Stork Bericht erstattet. Abg. Stork berichtet des weiteren über die Petition des früheren Bahnarbeiters Michael Rehrer in Kronau um Unterstützung und beantragt namens der Petitionskommission hinsichtlich des Gesuchs um Gewährung einer ständigen Unterstützung Übergang zur Tagesordnung, im übrigen Überweisung der Petition an die Regierung zur Kenntnisnahme in bestimmtem Sinne. Dieser Antrag findet nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Belzer einstimmige Annahme.

Gegenstand einer weiteren Petition — Berichterstatter Abg. Reinhardt — bilden die auf die etatmäßige Anstellung sich erstreckenden Wünsche der Wärter der psychiatrischen und Nervenklunik in Freiburg, deren sich die Abg. Wirth, Göhring, Reinhardt, Benckey und Wöttger aufs wärmste annehmen, während Ministerialrat Schwörer die mangelnde Entlohnung der Petition bemängelt. Die Petition wird empfehlend überwiesen. Es folgt schließlich die Petition des Sägers Sigmund Duffner — Berichterstatter Abg. Ziegelmeyer — über welche debattelos zur Tagesordnung übergegangen wird.

St. Petersburg, 27. Febr. Prinz Wilhelm zu Wied ist heute vormittag 8 Uhr 15 Minuten in Begleitung seines Sekretärs hier eingetroffen und am Bahnhof von dem Flügeladjutanten Totleben, der ihm während der Dauer seines hiesigen Aufenthaltes attachiert ist, empfangen und im Hofwagen zum Winterpalais geleitet worden, wo für den Prinzen Zimmer bereitgehalten wurden.

Verschiedenes.

Berlin, 26. Febr. Der Verein der Chirurgen der deutschen, schweizerischen und österreichischen Lungeneilstätten ist hier eingetroffen, um das Institut von Dr. Franz Friedmann zu besuchen. Etwa 100 Herren ließen sich vormittags die markantesten Fälle der Serumbehandlung vorführen.

Berlin, 26. Febr. Auf der Straße des Explosionsunfalls in Rummelsburg war die Feuerwehr gestern noch bis in die Nacht hinein tätig. Über 1000 Kilo Benzol und Nitrobenzol sind verbrannt. In später Abendstunde wurden noch der Ingenieur einer anderen Fabrik und zwei weitere Arbeiter vermisst, sodas sich die Gesamtzahl der Toten möglicherweise auf dreizehn erhöhen wird. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, hat der Kaiser ein Beileidstelegramm an die Fabrik gerichtet.

Strasbourg, 26. Febr. Die Strafkammer verurteilte den verantwortlichen Redakteur Jung des „Journal d'Alsace-Lorraine“ wegen öffentlicher Beleidigung der Lehrerschaft des Saartales zu 300 M. Geldstrafe eventl. 30 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 1000 M. Geldstrafe. Jung hatte in einem Artikel am 2. September 1913 die Lehrerschaft dadurch beleidigt, daß er ihnen vorwarf, sie würden durch brutale Weise unter Androhung der Prügelstrafe die deutsche Sprache einpauken. Der Strafantrag war von dem früheren Staatssekretär gestellt worden. Das Gericht kam nach siebenstündiger Verhandlung zu obigem Urteil. Außerdem wurde auf Vernichtung der betreffenden Platten und Formen, Einziehung der noch vorhandenen Exemplare und Publikation des Urteils in der „Strasburger Post“ erkannt.

Toulon, 26. Febr. Der Panzerkreuzer „Waldeck-Roussseau“ ist um 7 Uhr morgens wieder flott geworden.

Großherzogliches Hoftheater.

Samstag, 28. Febr. Abt. C. 30. Ab. Vorst. Zum erstenmal: „Der verlorene Sohn“, Legendenspiel in 3 Akten von Wilhelm Schmidtbonn. Anfang 8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 1. März, nachmittags 2 Uhr. 37. Vorst. außer Ab. Ermäßigte Preise. „Charlotts Tante“, Schwank in 3 Akten von Brandon Thomas. Anfang 2 Uhr, Ende 4 Uhr. (2 M.)

Zu dieser Vorstellung werden die Eintrittskarten an der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters gebührenfrei abgegeben.

Abends 7 Uhr. Abt. G. 40. Ab. Vorst. Neu einstudiert: „Luzmé“, Oper in 3 Akten von Delibes. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (6 M.)

Montag, 2. März. Abt. A. 41. Ab. Vorst. „Die Schmetterlingsflucht“, Komödie in 4 Akten von Sudermann. Anfang halb 8 Uhr, Ende 10 Uhr. (4 M.)

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: V. Karl Dehler, Kaufmann. — V. Karl Deimer, Musikinstrumentenmacher. — V. W. W. Kunt, Gärtner. — V. Friedrich Schwämme, Bäcker. — V. Karl Büchel, Reittucht. — V. Leopold Hirsch, Kaufmann. — V. Rob. Bertische, Werkführer. — Ein Mädchen: V. Franz Langenbach, Hilfsarbeiter.

Eheschließungen. Julius Sted von hier, Kaufmann hier, mit Marie Prprzdy von hier. Friedrich Schuppert von Gillingen, Straßenbahnschaffner hier, mit Luise Glud von Ludwigshafen. Albert Seith von Liebolsheim, Bäcker hier, mit Lina Würz von Bretten.

Todesfälle. Apollonia Gries, Witwe. — Ottilie Rikmann, Frau, ledig. — Ernst Vard, Pfarrer a. D., Chemann.

Z.B.M.u.H. Schneeebeobachtungen. Trotz einiger leichter Schneefälle hat die Schneedecke auf den Bergen in den letzten acht Tagen weiter abgenommen. Am Morgen des 26. Februar (Donnerstag), sind gelegen in Jurtwangen 4, beim Feldberg 55, in Litzsee 1, in Höhenjoch 6, in Todtnauberg 25, in St. Märgen 18 Zentimeter. An den Beobachtungsstellen des nördlichen Schwarzwalds hat eine geschlossene Schneedecke nicht mehr bestanden.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydr. vom 27. Februar 1914.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern erheblich verändert. Die Depression bei Island ist viel flacher geworden; das nordöstliche Hochdruckgebiet ist nahezu verschwunden, dagegen hat sich ein anderes über Nordwestdeutschland, den Niederlanden und Belgien gebildet. Die Depression über Unteritalien besteht noch und sie verurteilt weit nach Norden hin noch trübes Wetter mit Niederdrücken. Da das Orisbarometer ständig steigt, so wird der Einstuß der südlichen Depression wohl nachlassen; es ist deshalb bei abnehmender Bewölkung meist trocken, untertags wärmeres Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 27. Februar, früh.

Lugano bedeckt 7 Grad, Biarritz bedeckt 8 Grad, Triest bedeckt 12 Grad, Florenz bedeckt 12 Grad, Rom bedeckt 10 Grad, Cagliari heiter 8 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Witterung
26. Nachts 9 ^h 11.	749.6	4.1	5.7	93	N	Regen
27. Morgs. 7 ^h 11.	751.8	2.7	4.4	79	NO	bedeckt
27. Mittags 2 ^h 11.	753.4	4.6	5.4	86	NO	„

Höchste Temperatur am 26. Februar: 4.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 2.9.

Niederschlagsmenge, gemessen am 27. Februar, 7^h früh: 2.4 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. Februar früh: Schutter in 1.45 m, gefallen 5 cm; Rehl 2.34 m, gefallen 8 cm; Magau 4.06 m, gefallen 14 cm; Mannheim 3.60 m, gefallen 19 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Nehmen Sie

täglich ein Likörgläschen Dr. Hommel's Haematogen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarkt! die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

Am 26. d. Mts. verstarb hier nach schwerem Leiden der

Königliche Korpsstabsveterinär a. D. Herr Wilhelm Plaettner

46 Jahre hat er seinem Kaiser treu gedient, wovon 22 Jahre als Korpsstabsveterinär des XIV. Armeekorps.

Seine große Fachkenntnis erwarb ihm Autorität und Ansehen, sein vortrefflicher Charakter die Hochachtung und Verehrung Aller, welche der Dienst und das Leben mit ihm zusammenführte.

Wir werden das Andenken des jetzt Dahingegangenen in hohen Ehren halten.

Karlsruhe, den 26. Februar 1914.

Im Namen des XIV. Armeekorps:
Freiherr von Hoiningen genannt Huene,
General der Infanterie und kommandierender General.

G.300

Villen.

In Durlach am Fuße des Turmberges habe ich einige neuerrichtete Einfamilienhäuser preiswert zu verkaufen. Ruhige schöne Lage, großer Garten, 3 Min. Elektr. Haltestelle.

Willy Gackberger, Architekt,
Durlach, Wohnung: Turmbergstraße 17, Teleph. 155.
Bureau: Schloßstraße 7, Telephon 20. G.179

Emailschilder

für Straßenbezeichnung, Häusernumerierung, Kanzleien und Schulen, Warnungstafeln, Hydranten- und Schieberschilder liefern in jeder Ausführung

Gebr. Schultheiß'sche Emailierwerke A.-G., St. Georgen

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag, Karlsruhe i. B.

Schriften des Badischen Landeswohnungsvereins

Heft 4

1. Jahresbericht von 1911 und 1912. 2. Die gemeinnützige Bautätigkeit in Baden.

Preis 50 Pfg.

Die Zusammenfassung der an der Wohnungsreform interessierten Kreise zu einer starken Organisation ist notwendig, um auf diesem Gebiete sozialer Fürsorge vorwärts zu kommen. Die vorliegende Broschüre ist für alle von Interesse, die sich mit Wohnungs- und Bodenreform und mit sozialen Fragen überhaupt beschäftigen, sowie für Gemeinde- und Baubehörden usw.

Der städt. Wohnungsnachweis

Nach einem Vortrag, gehalten auf der dritten Jahresversammlung des Bad. Landeswohnungsvereins am 28. Juni 1913 in Freiburg i. B.

Von

Dr. Otto Moerike
Stadtrechtsrat in Mannheim
Preis 50 Pfg.

Die Bedeutung der Kleingärten für die Bewohner unserer Städte

Von

Dr. Otto Moerike, Mannheim
Preis 50 Pfg.

Wohnung und Frau

Fünf Vorträge

von **Dr. Marie Baum, Dr. Marie Bröhne, Alice Bensheimer, Dorothea Staudinger und Dr. Fleisch**

Herausgegeben vom

Badischen Landeswohnungsverein G. V.
Preis 1.- Mark

Anz. ziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Ziehung unwiderruflich schon 7. März

Große Badische Säuglings-Fürsorge-Geld-Lotterie
2327 Geldgew. ohne Abzug

27000 M.

1 Hauptgewinn bar

10000 M.

326 Gewinne bar

10000 M.

2000 Gewinne bar

7000 M.

Lose à 1 M. (11 Lose 10 Mk., Porto u. Liste 30 Pfg.)
empf. Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer Straßburg i. Els.,
Langgasse 107
Filiale Kohl a. Rh., Hauptstraße 47,
Carl Götze, Karlsruhe,
Hebelstr. 11/15

Ranzleigeihilfenstelle

mit üblicher Jahresvergütung ist mit einem Anwärter für den mittleren Beamtendienst bei uns auf 15. März ds. Js. zu besetzen. Geeignete Bewerber wollen sich alsbald melden. O.776
Donndorf, 16. Febr. 1914.
Großh. Bezirksamt.

Ranzleigeihilfenstelle

zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Anwärter für den mittleren Beamtendienst (Aktuare und Insipienten) wollen sich bis zum 10. März melden.
Stodach, 25. Febr. 1914.
Großh. Bezirksamt.

Die Firma **M. Maier & Co.,** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Mannheim, ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 2. Dezember 1911 aufgelöst worden. O.782.3.1

Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert sich bei derselben zu melden.
Mannheim, 25. Febr. 1914.
M. Maier & Co.
Der Liquidator:
Max Maier.

Ruhholz-, Stangen- und Papierholz-Verkauf.

des Forstamts und der Mainaufsichtverwaltung Konstanz am Dienstag den 10. März l. J. vormittags 10 Uhr, in Engstlers Bierhalle (Fischmarkt 1) in Konstanz (Zirkel 1500 Km. Stämme und Abschnitte von Fichten und Kiefern, 4 Buchen I. und II. Kl., 19 Eichen I., III. und V. Kl., 22 Eichen III.-V. Kl., einige Ulmen, Kirschenbäume, Erlen und Hainbuchen; ferner 850 Waufrangen, 150 Hopfenstangen, und 218 Stier unentrindetes Fichtenes Papierholz.

Losbezugsliste durch das Forstamt (Telephon Nr. 757).



Auf zum
„Kühlen Krug!“

Starkbierfest

Sonntag den 1. März d. Js.

im vollständig grün geschmückten und originell dekorierten

Festsaal des „Kühlen Krugs“

Humoristisches Militärkonzert

der ganzen 50er Artillerie-Kapelle

Leitung: Meister SCHOTTE

Ratsherr „Badenia-Müller“

Saalloffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Eintritt einschl. Lieder 30 Pfg. Kinder haben keinen Zutritt.

Im kleinen Saal: **Humor. Künstler-Konzert**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Programm 10 Pfg.

Originell, vielfach nachgeahmt, nie erreicht!

Lotterie-Anzeige.

Von den für das Großherzogtum Baden zum Vertrieb zugelassenen Losen der Wohlfahrts-Lotterie zu Zwecken der Deutschen Schutzgebiete sind bei der am 19.-21. Februar 1914 in Berlin stattgehabten Ziehung folgende Nummern mit Gewinn gezogen. Es fielen: Nr. 100 auf Nr. 90613; je Nr. 50 auf die Nr. 90196, 890, 945, 214763, 900, 314718; je Nr. 30 auf die Nr. 2074, 113, 294, 322, 346, 383, 633, 90086, 129, 343, 344, 351, 366, 404, 136280, 295, 379, 565, 715, 954, 214122, 195, 264, 289, 379, 518, 567, 661, 751, 820, 847, 984, 314020, 73, 417, 559, 605, 745, 807, 831, 886, 895; je Nr. 10 auf die Nr. 2010, 11, 103, 106, 145, 152, 164, 193, 203, 296, 309, 316, 348, 349, 442, 485, 577, 584, 594, 610, 671, 716, 720, 726, 736, 818, 836, 865, 901, 937, 950, 90011, 22, 75, 97, 104, 116, 217, 353, 381, 464, 490, 513, 668, 671, 706, 722, 745, 747, 759, 788, 807, 845, 849, 884, 136040, 116, 216, 222, 254, 355, 390, 448, 465, 479, 482, 488, 496, 584, 588, 593, 594, 614, 628, 641, 691, 795, 835, 868, 886, 920, 961, 214056, 96, 118, 120, 140, 153, 177, 196, 231, 237, 256, 349, 355, 436, 453, 475, 481, 534, 540, 568, 570, 607, 625, 764, 806, 892, 917, 919, 952, 314036, 83, 96, 117, 129, 160, 174, 191, 311, 354, 362, 368, 466, 485, 500, 521, 567, 576, 641, 645, 676, 703, 810, 830, 838, 870, 900, 923, 944, 966. — Die Auszahlung der Gewinne beginnt 10 Tage nach beendeter Ziehung durch die Firmen: A. Rolting, Vantgesen, Hannover und Berlin W 9, Vennestra. 4, Lohse-Bertriebs-Ges., Königl. Preuß. Lotterie-Einnehmer, Berlin C 2, Burgstraße 27, und Rud. Müller & Co., Berlin W., Werderstraße Markt 10. G.297

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

O.756. Heidelberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Eduard Walter**, Inhaber Josef Schleichel, Kaufmann in Heidelberg, ist infolge eines von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf **Mittwoch den 18. März 1914, vormittags 9 Uhr, 2. Stod.** Zimmer 25, vor dem Amtsgerichte hier. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Heidelberg, 25. Febr. 1914.
Der Gerichtsschreiber **Großh. Amtsgerichts 1.**

O.736. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 13. Juni 1912

in Völkersbach bei Ettlingen verstorbenen Architekten und Baumeisters **Wihelm Gimpel** von Karlsruhe wird nach Abhaltung des Schlußtermins eingestellt, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Konkursmasse nicht vorhanden ist. Karlsruhe, 20. Febr. 1914.
Großh. Amtsgericht A 2.

O.759. Pfullendorf. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts **Johann Thum** von Ellenfurt ist zum Zwecke der Beschlußfassung über die Genehmigung des Verkaufs der zur Konkursmasse gehörigen Grundstücke, sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen eine allgemeine Gläubigerversammlung anberaumt u. Termin hierzu bestimmt auf: **Donnerstag, den 19. März 1914, vormittags 11 Uhr.** Pfullendorf, 21. Febr. 1914.
Großh. Amtsgericht.

O.760. Wadshut. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts **Anton Zehle** in Hochal ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen anberaumt auf: **Mittwoch den 11. März 1914, vormittags 11 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 26. Wadshut, 25. Febr. 1914.
Gerichtsschreiberei **Gr. Amtsgerichts.**

Verstehene Bekanntmachungen. Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Verkauf

von Dampfmaschinen, Maschinenschalttafelanlage usw. auf Bahnhof Saargemünd findet am **19. März 1914, vormittags 10½ Uhr,** in dem Verwaltungsgebäude der Kaiserlichen Generaldirektion hier, Zimmer Nr. 46b, statt. Die Frist für die Erfüllung des Vertrages läuft bis 30. Mai 1914. G.298

Aufschlagsfrist 10 Tage. Die nachgebenden Bedingungen sowie der Angebotbogen liegen in den Stationsbüros zu Mülhausen, Straßburg und Saargemünd zur Einsicht auf und können von dem Rechnungsbureau, Druckmaschinenabteilung gegen kostenfreie Einsendung von 0.50 M. für eine Ausfertigung bezogen werden. Nur gegen vorherige Einsendung des Preises (nicht gegen Nachnahme) werden die Bedingungen und der Angebotbogen abgegeben. Straßburg, im Febr. 1914.
Kaiserliche Generaldirektion.

West.-Südwest. Güterverkehr.

Ab 1. März 1914 wird die Station **Friedrichs** des Direktionsbezirks **Hannover** in das Tarifgebiet einbezogen. Näheres in unterm Tarifanzeiger. Karlsruhe, 26. Februar 1914.
Großh. Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen.